

Inhalt

■ Ausschreibungen.....	5
Erasmus+ – Europäisches politisches Netzwerk im Bildungsbereich für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund	5
Erasmus+ – Europäisches politisches Netzwerk für Lehrer*innen und Schulleiter*innen	5
EMFAF: Frauen in der blauen Wirtschaft	6
ESF Plus Bundesprogramm „rückenwind ³ für Vielfalt, Wandel und Zukunftsfähigkeit in der Sozialwirtschaft“	7
■ Öffentliche Konsultationen	9
Verringerung der Lebensmittelverschwendung	9
Bekämpfung des Handels mit illegalen Kulturgütern	9
■ EU-Politik	10
Ukraine: Leitlinien für den Zugang zu Beschäftigung, Berufs- und Erwachsenenbildung	10
Affenpocken: HERA sichert Impfstoffe	10
Zusätzliche humanitäre EU-Hilfe für schutzbedürftige Flüchtlinge in der Türkei	11
Verlängerung des digitalen EU-COVID-Zertifikats	11
Umfrage: Euro-Einführung in Nicht-Euro-Ländern	11
Europäische Kommission und USA: Zusammenarbeit bei öffentlicher Gesundheit	12
Erstes Festival des Neuen Europäischen Bauhauses	12
EU unterstützt ukrainische Start-ups mit 20 Mio. Euro	13
Ukraine: EU stellt humanitäre Hilfe in Aussicht	13

EU-Mission „Anpassung an den Klimawandel“	14
Ukraine: operative Unterstützung für humanitäre Organisationen verstärkt	14
EU-Haushalt 2023.....	15
Vorschriften zur Entfernung terroristischer Online-Inhalte	16
Geschlechterquoten für Leitungsorgane von Unternehmen	16
Leistungsbericht zum EU-Haushaltsplan 2021	16
Angemessene Mindestlöhne in der EU	17
Sechstes Sanktionspaket gegen Russland.....	17
500 ukrainische Patient*innen in andere europäische Krankenhäuser verlegt	18
Kommission überträgt Mittel auf die Zusammenarbeit Ukraine / Republik Moldau	18
Drittes Schengen-Forum: Wegbereiter für die Zukunft	19
EU-Schulprogramm erhöht Unterstützung für geflüchtete ukrainische Kinder.....	20
Coronavirus: Anpassung der Lieferpläne an den Bedarf..	20
Europäische Bürgerinitiative: „Hochwertige Kleidung, faire Löhne“	20
Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine: EU-Registrierungsplattform	21
Inverkehrbringen medizinischer Tests	21
REPowerEU: Taskforce für EU-Energieplattform	22
Eurostat: Bericht über Ziele für nachhaltige Entwicklung	22
Europäisches Semester – Frühjahrspaket	23
COVID-19: Bericht über Innovationsförderung.....	23
EU-Makrofinanzhilfe von 600 Mio. Euro für die Ukraine	24
Anerkennung von COVID-19 als Berufskrankheit	24



EUFIS - Newsletter

■ Juni 2022



EIB unterstützt Kommunen mit 4 Mrd. Euro-Kreditlinie bei Flüchtlingshilfe	25
Europäische Woche der Berufsbildung	25
DiscoverEU für über 7000 Jugendliche aus Deutschland .	26
Pilotaktion – Partnerschaften für regionale Innovation	26
Umsetzung der ALMA-Initiative.....	27
Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine	27
■ Veranstaltungen.....	29
Erasmus+ Kurzzeitprojekten in der Erwachsenenbildung	29
Erasmus+ Akkreditierung in der Erwachsenenbildung	29

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,
Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778,
E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband –
Gesamtverband e. V. :

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,
E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe Juni 2022 ist der 15.06.2022.

■ Ausschreibungen

Erasmus+ – Europäisches politisches Netzwerk im Bildungsbereich für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund

Im Rahmen des Erasmus+ Programms hat die Europäische Kommission einen Aufruf für „Europäische politische Netzwerke (Erasmus-EDU-2022-NET) / Europäisches politisches Netzwerk im Bildungsbereich für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **12.10.2022**.

Das allgemeine Ziel ist die Entwicklung und Unterstützung eines europaweiten Netzwerkes von relevanten Organisationen (politische Entscheidungsträger*innen, Praktiker*innen, Forscher*innen, Vertreter*innen von Migrantengemeinschaften und anderen Interessengruppen), welche sich mit der Analyse und der Ko-Kreation von Wissen zu folgenden Themen befassen:

- wirksame politische Ansätze für eine qualitativ hochwertige integrative Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund,
- die Förderung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Interessengruppen, um effektive Praktiken und innovative Ansätze weiterzuverbreiten und
- die Unterstützung der politischen Arbeit der Kommission zur Einbeziehung von Kindern und jungen Menschen mit einem Migrationshintergrund in und durch Bildung.

Dieses Netzwerk wird auf bestehenden Aktivitäten aufbauen, die auf europäischer Ebene entwickelt wurden, insbesondere auf Initiativen und Projekten, die durch Programme Europäische Union und politische Initiativen im Bildungsbereich unterstützt werden.

Insgesamt stehen 1,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Erasmus+ – Europäisches politisches Netzwerk für Lehrer*innen und Schulleiter*innen

Im Rahmen des Erasmus+ Programms hat die Europäische Kommission einen Aufruf für „Europäische politische Netzwerke (Erasmus-EDU-2022-NET) / Europäisches politisches Netzwerk für Lehrer*innen und Schulleiter*innen“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **12.10.2022**.

Das allgemeine Ziel dieses Themas ist es, ein europäisches Netzwerk relevanter Organisationen (politische Entscheidungsträger*innen, Praktiker*innen, Forscher*innen und Interessengruppen) zu entwickeln und zu unterstützen. Das Netzwerk soll die Zusammenarbeit, die Entwicklung und Umsetzung der Politik auf unterschiedlichen Governance-Ebenen fördern und unterstützen als auch die politische Arbeit der Kommission.

Dieses Netzwerk wird auf bestehenden Aktivitäten aufbauen, die auf europäischer Ebene entwickelt wurden, insbesondere auf Initiativen und Projekten, die durch Programme Europäische Union und politische Initiativen im Bildungsbereich unterstützt werden.

Insgesamt stehen 1,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

EMFAF: Frauen in der blauen Wirtschaft

Im Rahmen des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) hat die Europäische Kommission einen Aufruf zum Thema „Frauen in der blauen Wirtschaft (EMFAF-2022-PIA-WBE)“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **22.09.2022**.

Der Aufruf hat die folgenden Hauptziele:

- Erhöhung der Teilnahme und Repräsentation von Frauen in den verschiedenen Sektoren der nachhaltigen blauen Wirtschaft;
- Wissenssteigerung und Datensammlung zum Beitrag von Frauen zur nachhaltigen blauen Wirtschaft;
- Förderung und Voranbringen bei der Gleichberechtigung der Geschlechter, einschließlich der Förderung von blauen Karrieremöglichkeiten für Mädchen durch frühzeitige Bildung;
- Förderung von Frauen in Führungspositionen, Unternehmertum und Teilnahme an Governance-Strukturen etc.

Insgesamt stehen 2,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ESF Plus Bundesprogramm „rückenwind³ für Vielfalt, Wandel und Zukunftsfähigkeit in der Sozialwirtschaft“

Am 22. Juni 2022 wurde die Programmrichtlinie im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Das Programm rückenwind³ zielt auf die Fachkräftesicherung in sozialen Berufsfeldern, mit besonderem Fokus auf die Herausforderungen des demografischen und digitalen Wandels. Handlungsansatz des Programms ist die Anpassung von Strukturen und Kulturen in Organisationen und Unternehmen der gemeinnützigen Sozialwirtschaft, in Verbindung mit der Etablierung flexibler und zielgruppenspezifischer Angebote zur Kompetenzanpassung für die Beschäftigten.

Projekträger sind aufgefordert, eines der fünf folgenden **Handlungsfelder** zu adressieren:

- Entwicklung und Erprobung moderner Arbeitsmodelle und -organisation im Kontext einer sich wandelnden Arbeitswelt in sozialen Berufs- und Arbeitsfeldern
- Verbesserung der Chancengleichheit durch analoge und digitale Qualifizierung sowie Schaffung einer inklusiven Arbeitsumgebung
- Maßnahmen zur Unterstützung von Beschäftigten und Unternehmen beim Umgang mit neuen Arbeitsplatztechnologien
- D. Anwendung analoger und digitaler Strategien zur Personalgewinnung und Personalbindung, u. a. mithilfe online-gestützter Angebote und digitaler Kommunikationsformate
- Begleitung und Qualifizierung von Beschäftigten und Weiterentwicklung der Führungs- und Unternehmenskultur

Vom **4. Juli bis 9. September 2022** läuft das 1. Interessenbekundungsverfahren im ESF Plus Programm „rückenwind³ für Vielfalt, Wandel und Zukunftsfähigkeit in der Sozialwirtschaft“ (kurz: rückenwind³) in der ESF Plus-Förderperiode 2021-2027.

Die Interessenbekundung und die Hauptantragstellung erfolgen über das zentrale Portal Z-EU-S für den ESF Plus bei der Knappschaft Bahn-See (www.foerderportal-zeus.de).

Die Auswahl der Projekte soll im Dezember 2022 erfolgen. Nach der Hauptantragstellung und der Bewilligung durch die



EUFIS - Newsletter

■ Juni 2022



Knappschaft Bahn-See können die ersten Projekte voraussichtlich im 2. Quartal 2023 starten.

Alle weiteren Informationen sind auf der Homepage der Regiestelle für das Programm rückenwind³ verfügbar: www.bagfw-esf.de

Ansprechperson für Mitgliedsorganisationen des Paritätischen: Tilo Liewald (bildung@paritaet.org)

■ Öffentliche Konsultationen

Verringerung der Lebensmittelverschwendung

Mit Blick auf die Kreislaufwirtschaft und das Ziel Klimaneutralität stößt die EU-Kommission eine Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie an. Bis zum **14.08.2022** können Interessierte an einer öffentlichen Konsultation teilnehmen und so ihre Ideen einbringen für eine leistungsfähigere Abfallbewirtschaftung, in der weniger Produkte und Lebensmittel verschwendet werden.

Die Konsultation soll zu erstmals niedergeschriebenen EU-Zielen führen, wie sich Lebensmittelverschwendung verringern lässt.

Bei der Befragung sollen verschiedene Aspekte abgedeckt werden:

- Vermeidung / Verringerung von Verschwendung;
- getrenntes Sammeln;
- Altöle und Textilien;
- Anwendung der Abfallhierarchie;
- Umsetzung des Verursacherprinzips.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Bekämpfung des Handels mit illegalen Kulturgütern

Die EU-Kommission will den illegalen Handel mit Kulturgütern stärker bekämpfen.

Bis zum **15.07.2022** können Bürger*innen, Verbände, Behörden und alle interessierten Kreise im Rahmen einer öffentlichen Konsultation ihre Meinung dazu kundtun, wie Kulturgüter künftig besser geschützt werden können. Die Ideen werden in den geplanten Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern einfließen.

Interpol zufolge wurden mehr als die Hälfte der 850.000 weltweit beschlagnahmten Kulturgüter im Jahr 2020 in Europa beschlagnahmt. Dazu gehörten Münzen, Silber, Medaillen, Skulpturen und archäologische Funde. Dies veranschaulicht die Bedeutung der europäischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Straftaten im Zusammenhang mit Kulturgütern.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ EU-Politik

Ukraine: Leitlinien für den Zugang zu Beschäftigung, Berufs- und Erwachsenenbildung

Seit Ausbruch des unprovokierten Kriegs Russlands gegen die Ukraine und ihre Zivilbevölkerung sind mehr als 7 Mio. Menschen aus der Ukraine in die EU geflohen. Bisher sind nur relativ wenige Personen im erwerbsfähigen Alter in den EU-Arbeitsmarkt eingetreten, obwohl damit zu rechnen ist, dass diese Zahl noch steigen wird.

In den am 14.06.2022 vorgestellten Leitlinien:

- werden konkrete Maßnahmen beschrieben, die die Mitgliedstaaten auf der Grundlage der bisher gesammelten Erfahrungen und bewährten Verfahren und aufbauend auf früheren EU-Maßnahmen ergreifen können,
 - a. um die Menschen aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt zu integrieren und
 - b. den Zugang dieser Menschen zur beruflichen und zur Erwachsenenbildung zu fördern;
- sind mehrere konkrete Beispiele für EU-finanzierte Projekte aufgeführt, die den Mitgliedstaaten als Inspiration für Initiativen in diesem Bereich dienen und dazu beitragen können, dass sie die verfügbare EU-Unterstützung optimal nutzen.

Die Leitlinien gelten sowohl für Personen, die Anspruch auf vorübergehenden Schutz nach der [Richtlinie über vorübergehenden Schutz](#) haben, als auch für Personen, die einen angemessenen Schutz nach nationalem Recht genießen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3620

Affenpocken: HERA sichert Impfstoffe

In Reaktion auf die derzeitigen Affenpocken-Ausbrüche hat die Europäische Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion (HERA) bei gesundheitlichen Notlagen am 14.06.2022 mit dem Unternehmen Bavarian Nordic vereinbart, 109 090 Dosen seines Impfstoffs der dritten Generation anzukaufen. Angesichts weiter steigender Fallzahlen werden durch diese Vereinbarung den EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island die Impfstoffe rasch verfügbar gemacht.

Der Impfstoff der dritten Generation wurde von der Europäischen Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales

(HaDEA) für die HERA und in ihrem Namen gekauft. Die HERA wird sie in der Folge den EU-Mitgliedstaaten anteilig zur Verfügung stellen und den Anfang bei denen machen, die sie am dringendsten benötigen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3674

Zusätzliche humanitäre EU-Hilfe für schutzbedürftige Flüchtlinge in der Türkei

Die Europäische Kommission kündigte 50 Mio. Euro zur Unterstützung schutzbedürftiger Flüchtlinge und ihrer Aufnahmegemeinschaften in der Türkei an. Diese Mittel sollen spezialisierte Gesundheitsdienste finanzieren und dazu beitragen, Schutzfragen wie Rechtsberatung, psychosoziale Unterstützung und Zugang zu Personenstandsunterlagen anzugehen.

Sie werden zusätzlich zum Sozialen Sicherheitsnetz der EU für Notsituationen (ESSN) bereitgestellt, in dessen Rahmen derzeit über 1,5 Mio. Menschen in der Türkei durch Bargeldhilfe unterstützt werden. Durch das ESSN wird ihnen ermöglicht, die Dinge zu bezahlen, die sie am dringendsten benötigen, z. B. Miete, Transport, Lebensmittel oder Medikamente.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3678

Verlängerung des digitalen EU-COVID-Zertifikats

Die Europäische Kommission begrüßt, dass sich das Europäische Parlament und der Rat am 13.06.2022 politisch darauf verständigt haben, die Geltungsdauer des digitalen COVID-Zertifikats der EU auf Vorschlag der Kommission um ein Jahr zu verlängern. Das aktuelle Zertifikat kann also weiterhin für Reisen innerhalb der EU genutzt werden, auch wenn die ursprüngliche Verordnung eigentlich nur bis zum 30.06.2022 gelten sollte.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3695

Umfrage: Euro-Einführung in Nicht-Euro-Ländern

Durchschnittlich sechs von zehn Menschen in den EU-Staaten, die bisher den Euro nicht eingeführt haben, wollen ihn als

gemeinsame Währung. Das zeigt die jährliche Eurobarometer-Umfrage der EU-Kommission in Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Ungarn, Polen, Rumänien und Schweden. In Rumänien ist die Unterstützung für den Euro mit 77 % am größten, gefolgt von Ungarn mit 69 %. In Bulgarien und Tschechien (44 %) ist sie am geringsten.

Mehr als die Hälfte der Befragten meint, dass die Einführung des Euro als gemeinsame Währung positive Folgen für ihr Land hätte (55 %). Allerdings glauben 56 % der Befragten auch, dass die Einführung des Euro zu Preissteigerungen führen wird. Das Bewusstsein für die gemeinsame Währung hat in den nicht zur Eurozone gehörenden Mitgliedstaaten stetig zugenommen: 53 % der Befragten halten sich für informiert über den Euro.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/umfrage-breite-unterstuetzung-fur-euro-einfuehrung-nicht-euro-landern-2022-06-10_de

Europäische Kommission und USA: Zusammenarbeit bei öffentlicher Gesundheit

Im Anschluss an die gemeinsame Erklärung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Joe Biden anlässlich des zweiten globalen COVID-19-Gipfels, unterzeichneten die Europäische Kommission und das Ministerium für Gesundheitspflege und Soziale Dienste der Vereinigten Staaten eine Vereinbarung über eine engere Zusammenarbeit bei der Vorsorge gegen und Reaktion auf Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit.

Dies wird es der Kommission und den USA ermöglichen, in einem breiten Themenspektrum zusammenzuarbeiten, um Gesundheitskrisen gemeinsam zu bekämpfen und so zum Aufbau einer starken globalen Gesundheitsarchitektur beizutragen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3203

Erstes Festival des Neuen Europäischen Bauhauses

Die Kommission veranstaltete am 09.06.2022 zum ersten Mal ein *Festival* für das Neue Europäische Bauhaus (NEB). Das Festival des Neuen Europäischen Bauhauses wurde mit der NEB-Gemeinschaft konzipiert, um die Bewegung

zu präsentieren, zu feiern und weiterzuentwickeln. Es besteht aus den drei Säulen *Forum, Fair und Fest* (Forum, Expo, Fest) und findet sowohl als Veranstaltung vor Ort in Brüssel als auch als Online-Veranstaltung statt.

Zu den von der NEB-Gemeinschaft in 25 Ländern organisierten Nebenveranstaltungen zählen Diskussionen über erneuerbare Ressourcen, innovative Technologien, urbane Landwirtschaft, die Entwicklung von Gebäuden und klimafreundliche Mobilität sowie Konzerte, Ideenlabore und Ausstellungen, die auf der Website des Festivals aufgelistet sind.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3486

EU unterstützt ukrainische Start-ups mit 20 Mio. Euro

Die Europäische Kommission hat eine ambitionierte, mit 20 Mio. Euro dotierte Maßnahme zur Unterstützung der ukrainischen Innovationsgemeinschaft auf den Weg gebracht.

Mit der neuen Initiative werden durch eine gezielte Änderung des Arbeitsprogramms 2022 des Europäischen Innovationsrats (EIC) mindestens 200 ukrainische technologieintensive Start-ups mit jeweils bis zu 60 000 Euro gefördert. Außerdem wird der EIC nichtfinanzielle Unterstützung (z.B. Beratungsdienste für Unternehmen, Vermittlung von Kontakten) anbieten.

Darüber hinaus ist am 09.06.2022 das Abkommen über die Assoziierung der Ukraine mit dem Programm „Horizont Europa“ und dem Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung nach der Ratifizierung durch die Ukraine in Kraft getreten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3533

Ukraine: EU stellt humanitäre Hilfe in Aussicht

Angesichts der sich verschärfenden humanitären Notlage in der Ukraine besuchte der für Krisenmanagement zuständige EU-Kommissar, Janez Lenarčič, am 09.06.2022 die Ukraine, um humanitäre Organisationen und hochrangige Vertreter der ukrainischen Regierung zu treffen und so zur Koordinierung der EU-Krisenreaktion vor Ort beizutragen.

Aus diesem Anlass stellte die EU weitere 205 Mio. Euro an humanitärer Hilfe für die Ukraine bereit. Damit belaufen sich die finanzielle humanitäre Hilfe der EU und der Gegenwert der Sachhilfe in Reaktion auf die rechtswidrige russische Invasion der Ukraine auf über 700 Mio. Euro, wovon 13 Mio. Euro für Projekte in der benachbarten Republik Moldau bestimmt sind.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3549

EU-Mission „Anpassung an den Klimawandel“

Die Europäische Kommission hat am 07.06.2022 die ersten 118 Regionen und lokalen Behörden bekannt gegeben, die an der EU-Mission „Anpassung an den Klimawandel“ teilnehmen werden, die den europäischen Grünen Deal und die EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel unterstützen wird.

Diese Regionen und lokalen Behörden unterzeichneten die Charta der Mission auf dem ersten vom Ausschuss der Regionen organisierten Forum zur EU-Mission „Anpassung an den Klimawandel“. Darüber hinaus werden 17 private Unternehmen, Dienstleistungszentren, Forschungsnetze und lokale Aktionsgruppen, die sich für die Verbesserung der Klimaresilienz einsetzen, die Charta unterstützen und Freunde der Mission werden.

Die 118 Unterzeichnenden repräsentieren 18 Mitgliedstaaten und sechs weitere Parteien Länder, die mit Horizont Europa, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU, assoziiert sind oder assoziiert werden können.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3527

Ukraine: operative Unterstützung für humanitäre Organisationen verstärkt

Da der humanitäre Bedarf in der Ukraine aufgrund der russischen Invasion weiter steigt, leistet die EU innerhalb des Landes tätigen Hilfsorganisationen direkte operative Unterstützung.

In diesem Zusammenhang hat die EU zwei Lagerhäuser in der Ukraine (in Winnyzja und Dnipro) eingerichtet und vollständig

finanziert sowie Aufträge für Lkw-Transporte vergeben, um humanitäre Hilfe zu den Bedürftigen zu befördern.

Die Inanspruchnahme dieser von der EU finanzierten humanitären Dienstleistungen (derzeit von Handicap International durchgeführt) ist für Hilfsorganisationen, die in der Ukraine tätig sind, im Rahmen der neuen [Kapazität für europäische humanitäre Hilfe](#) kostenlos. Frankreich wird diese Maßnahmen in der Ukraine zudem kofinanzieren – als erster EU-Mitgliedstaat, der sich der Initiative anschließt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3535

EU-Haushalt 2023

Die Kommission hat am 07.06.2022 einen EU-Jahreshaushalt in Höhe von 185,6 Mrd. Euro für 2023 vorgeschlagen, der durch Finanzhilfen in Höhe von schätzungsweise 113,9 Mrd. Euro im Rahmen von NextGenerationEU ergänzt werden soll.

Über den EU-Haushalt werden weiterhin erhebliche Investitionen mobilisiert, um die strategische Autonomie Europas zu stärken, die derzeitige wirtschaftliche Erholung zu unterstützen, Nachhaltigkeit zu gewährleisten und die Schaffung von Arbeitsplätzen anzukurbeln. Die Kommission wird Investitionen in Umweltschutz und Digitalisierung auch künftig Vorrang einräumen und gleichzeitig den dringenden Bedarf, der sich aus den jüngsten anhaltenden Krisen ergibt, bewältigen.

Mit dem durch NextGenerationEU flankierten Haushaltsentwurf 2023 wird dem dringendsten Aufbaubedarf der EU-Mitgliedstaaten und unserer Partner weltweit Rechnung getragen.

Im weiteren Jahresverlauf werden auf der Grundlage einer genaueren Bedarfsanalyse ergänzende Vorschläge zur Finanzierung der internen und externen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine vorgelegt, wie in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 31.05.2022 festgelegt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3473

Vorschriften zur Entfernung terroristischer Online-Inhalte

Ab dem 07.06.2022 gilt die EU-Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte. Mit der Verordnung wird ein Rechtsrahmen geschaffen, mit dem die Entfernung terroristische Online-Inhalte durch Anbieter von Hosting-Diensten innerhalb einer Stunde sichergestellt wird.

Gleichzeitig werden diese neuen Vorschriften die Rechenschaftspflicht und Transparenz in Bezug auf die Entfernung terroristischer Online-Inhalte stärken. Sie sehen zudem eine Vielzahl von strengen Vorkehrungen zum Schutz vor einer irrtümlichen Entfernung rechtmäßiger Online-Inhalte vor. Ebenso wichtig ist der Schutz der Opfer und ihrer Familien, die Gefahr laufen, im Internet erneut mit diesen Straftaten konfrontiert zu werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3479

Geschlechterquoten für Leitungsorgane von Unternehmen

Die Europäische Kommission begrüßt, dass das Europäische Parlament und der Rat am 07.06.2022 eine politische Einigung über einen Kommissionsvorschlag aus dem Jahr 2012 erzielt haben: die Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren / Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften.

Mit der Richtlinie wird jetzt ein Ziel gesteckt, damit EU-Unternehmen, die an europäischen Börsen notiert sind, schneller eine bessere Gender-Balance erreichen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3478

Leistungsbericht zum EU-Haushaltsplan 2021

In schwierigen Zeiten erbrachte der durch das Aufbauinstrument NextGenerationEU flankierte EU-Haushalt für die Bürger*innen der EU weiterhin einen Mehrwert und entsprach zugleich den höchsten Standards bei der Mittelverwaltung. Die Kommission legte am 07.06.2022 die jährliche Management- und Leistungsbilanz für den

EU-Haushalt für 2021 vor und übernimmt somit die politische Gesamtverantwortung für die Verwaltung des EU-Haushalts des Vorjahrs.

Wie aus der Bilanz hervorgeht, haben die EU-Mittel auch im vergangenen Jahr eine entscheidende Rolle bei der Reaktion der EU auf die Coronavirus-Pandemie und ihre Folgen gespielt. Zu den wichtigsten Projekten gehörten die Finanzierung der Einführung des digitalen COVID-19-Zertifikats, die Beschaffung medizinischer Ausrüstung, die Unterstützung für medizinisches Personal, die operationelle Unterstützung für mobile medizinische Reaktionskapazitäten und der Erwerb von Impfstoffen für Länder mit niedrigem Einkommen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3475

Angemessene Mindestlöhne in der EU

Die Europäische Kommission begrüßte die am 07.06.2022 zwischen dem Europäischen Parlament und den EU-Mitgliedstaaten erzielte politische Einigung über die im Oktober 2020 von der Kommission vorgeschlagene Richtlinie über angemessene Mindestlöhne.

Zu Beginn ihrer Amtszeit versprach Kommissionspräsidentin von der Leyen ein Rechtsinstrument, mit dem sichergestellt werden soll, dass Arbeitnehmer*innen in der EU einen gerechten Mindestlohn erhalten; diese Zusage wiederholte sie auch in ihrer ersten Rede zur Lage der Union im Jahr 2020.

Mit der Richtlinie wird ein Rahmen für die Angemessenheit der gesetzlichen Mindestlöhne geschaffen; gleichzeitig werden Tarifverhandlungen bei der Lohnfestsetzung gefördert und es wird der wirksame Zugang der Arbeitnehmer*innen zum Mindestlohnschutz in der EU verbessert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3441

Sechstes Sanktionspaket gegen Russland

Die Europäische Kommission begrüßt die Verabschiedung des sechsten Pakets restriktiver Maßnahmen gegen Russland. Sanktionen gehören zu den sichtbarsten, unmittelbarsten und wirkungsvollsten Reaktionen der EU auf den brutalen und unprovokierten Angriff Russlands auf die Ukraine, der mit

systemischer Gewalt und Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung einhergeht. Mit diesem Paket werden auch weitere Sanktionen gegen Belarus wegen seiner Beteiligung an diesem Angriff verhängt.

In Verbindung mit den fünf vorangegangenen Paketen sind die am 03.06.2022 verabschiedeten Sanktionen äußerst weitreichend. Sie zielen darauf ab, Russland wirtschaftlich noch stärker unter Druck zu setzen und seine Möglichkeiten, gegen die Ukraine Krieg zu führen, auszuhöhlen. Wie bei früheren Sanktionspaketen wurden die Maßnahmen mit internationalen Partnern abgestimmt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_2802

500 ukrainische Patient*innen in andere europäische Krankenhäuser verlegt

Über das EU-Katastrophenschutzverfahren konnten bisher 500 ukrainische Patient*innen, die dringend medizinische Hilfe benötigen, aus der Ukraine, Moldawien und anderen Nachbarländern in andere europäische Krankenhäuser verlegt werden. Die wichtigsten Aufnahmeländer sind derzeit Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweden und Spanien.

Koordiniert wird die Verlegung über den Solidaritätsmechanismus. Dies ist ein spezielles europäisches System für medizinische Überweisungen im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens. Es ermöglicht die sichere Übertragung von Patientendaten durch die gemeinsame Nutzung von Krankenakten.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaische-solidaritat-500-ukrainische-patientinnen-und-patienten-andere-europaische-krankenhauser-2022-06-03_de

Kommission überträgt Mittel auf die Zusammenarbeit Ukraine / Republik Moldau

26,2 Mio. Euro, die von 2021 bis 2027 für die EU-Zusammenarbeit mit Russland und Belarus eingeplant waren, werden auf die EU-Programme für die Ukraine und die Republik Moldau übertragen. In diesen beiden Ländern sollen nach

Vorschlag der Europäischen Kommission die Mittel genutzt werden, um die Gesundheitsdienste auszubauen, Bildungs- und Forschungsprojekte zu entwickeln oder Programme zur sozialen Eingliederung und Berufsausbildung von Flüchtlingen zu finanzieren.

Nach der russischen Militärangriff gegen die Ukraine hat die Kommission im März 2022 die Zusammenarbeit mit Russland und seinem Verbündeten Belarus bei den grenzüberschreitenden Kooperationsprogrammen des Europäischen Nachbarschaftsinstruments (ENI CBC) und beim Interreg-Programm für den Ostseeraum ausgesetzt.

Dies geschah im Einklang mit dem Beschluss der Kommission, alle restriktiven Maßnahmen der EU vollständig umzusetzen. Jetzt werden vier grenzübergreifende Interreg-Programme, an denen die Ukraine und die Republik Moldau beteiligt sind (Ungarn / Slowakei / Rumänien / Ukraine, Polen / Ukraine, Rumänien / Moldawien, Rumänien / Ukraine), sowie zwei transnationale Programme (das transnationale Programm für den Donauraum und Interreg NEXT Schwarzes Meer) für das Jahr 2022 um 68 % aufgestockt.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-ubertragt-26-mio-euro-aus-der-zusammenarbeit-mit-russlandbelarus-auf-ukrainerepublik-2022-06-03_de

Drittes Schengen-Forum: Wegbereiter für die Zukunft

Die Kommission hat am 02.06.2022 mit dem dritten Schengen-Forum ein Schlüsselement des jährlichen Schengen-Governance-Zyklus einberufen.

In dem Forum konnten sich Mitglieder des Europäischen Parlaments und Innenminister der aktuellen und der künftigen Ratsvorsitzen, Vertreter der Mitgliedstaaten sowie andere Interessenträger auf der Grundlage des kürzlich angenommenen Schengen-Statusberichts über den *aktuellen Stand des Schengen-Raums und die neuen Prioritäten für 2022–2023* austauschen.

Die politischen Gespräche wurden am 10.06.2022 im *Schengen-Rat* fortgesetzt. Es wird erwartet, dass die Minister die wichtigsten Prioritäten für 2022–2023 auf politischer Ebene billigen werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3445

EU-Schulprogramm erhöht Unterstützung für geflüchtete ukrainische Kinder

Schulen, die vertriebene ukrainische Kinder unterrichten, können künftig stärker vom EU-Schulprogramm profitieren. Möglich wird dies durch eine Umverteilung der EU-Hilfe für das Schulprogramm, die die Europäische Kommission beschlossen hat. Das Programm fördert durch die Verteilung von Obst, Gemüse und Milchprodukten an Schulkinder eine gesunde und ausgewogene Ernährung und bietet gleichzeitig Bildungsprogramme über Landwirtschaft und gesunde Ernährung an.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-schulprogramm-erhoht-unterstutzung-fur-gefluchtete-ukrainische-kinder-2022-06-02_de

Coronavirus: Anpassung der Lieferpläne an den Bedarf

Die Europäische Kommission und der Impfstoffentwickler Moderna haben vereinbart, dass die Lieferung von COVID-19-Impfstoffen an den Bedarf der Mitgliedstaaten angepasst wird.

Auf der Grundlage dieser Vereinbarung wird das Unternehmen die Lieferung einiger Dosen, die ursprünglich für das zweite Quartal 2022 vorgesehen war, auf einen späteren Zeitpunkt im laufenden Jahr verschieben. Sollte ein angepasster Impfstoff nach Bewertung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur eine EU-Zulassung erhalten, kann darüber hinaus ein Teil der für April, Mai und Juni vorgesehenen Dosen ab September sowie in den Herbst- und Wintermonaten 2022 als Auffrischungsdosen geliefert werden, welche an die derzeitigen COVID-19-Varianten angepasst sind.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3438

Europäische Bürgerinitiative: „Hochwertige Kleidung, faire Löhne“

Die Europäische Kommission hat am 01.06.2022 beschlossen, die Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Hochwertige Kleidung, faire Löhne“ („Good Clothes, Fair Pay“) zu registrieren.

In der Initiative wird die Kommission aufgefordert, Rechtsvorschriften vorzuschlagen, mit denen Unternehmen der Bekleidungs- und Schuhindustrie verpflichtet werden, in ihren Lieferketten auf existenzsichernde Löhne zu achten. Die Organisatoren wollen die Textilindustrie auf sechs Sorgfaltspflichten festlegen.

Da diese Europäische Bürgerinitiative (EBI) die formalen Voraussetzungen erfüllt, ist sie nach Auffassung der Kommission rechtlich zulässig. Eine inhaltliche Prüfung des Vorschlags hat die Kommission zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgenommen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3369

Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine: EU-Registrierungsplattform

Die Mitgliedstaaten der EU können Informationen über Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine künftig in Echtzeit austauschen. Dabei hilft die am 31.05.2022 gestartete EU-Registrierungsplattform. Die neue Plattform ist Teil des Zehn-Punkte-Plans, den die EU-Kommission Ende März den EU-Innenministern vorgelegt hatte. Damit soll die Aufnahme von Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, besser koordiniert werden.

Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine können dank der neuen Plattform ihre Rechte in allen Mitgliedstaaten wirksam wahrnehmen. Fälle von Doppel- oder Mehrfachregistrierungen werden vermieden. Die Kommission hat die Registrierungsplattform innerhalb kürzester Zeit technisch entwickelt und kann heute damit an den Start gehen.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kriegsfluchtlinge-aus-der-ukraine-kommission-startet-eu-registrierungsplattform-2022-05-31_de

Inverkehrbringen medizinischer Tests

Seit dem 26.05.2022 gelten neue Vorschriften für In-vitro-Diagnostika (IVD-VO) wie HIV-Tests, Schwangerschaftstests oder COVID-19-Tests. Die Vorschriften werden den Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Patientensicherheit in Bezug auf diese Produkte verbessern und die EU-Rechtsvorschriften an den technologischen und medizinischen Fortschritt

anpassen. Durch die Angleichung der Marktzugangsanforderungen in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten gewährleisten die neuen Vorschriften außerdem einen fairen Marktzugang für die Hersteller.

Medizinprodukte und insbesondere In-vitro-Diagnostika spielen eine entscheidende Rolle für die Rettung von Menschenleben, indem sie Gesundheitslösungen für Diagnose, Prävention, Überwachung, Vorhersage, Prognose, Behandlung oder Linderung von Krankheiten bereitstellen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3288

REPowerEU: Taskforce für EU-Energieplattform

Am 25.05.2022 hat die Kommission in ihrer Generaldirektion Energie eine neue Taskforce eingesetzt, die die EU-Energieplattform unterstützen und das REPowerEU-Ziel der Diversifizierung der Versorgung umsetzen soll. Nachdem der Europäische Rat im März 2022 ein entsprechendes Mandat erteilt hatte, haben die Kommission und die Mitgliedstaaten die EU-Energieplattform eingerichtet, die die Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung der EU, inklusive des freiwilligen gemeinsamen Erwerbs von Pipeline-Gas, LNG und Wasserstoff, koordinieren soll.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3299

Eurostat: Bericht über Ziele für nachhaltige Entwicklung

Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, veröffentlichte am 23.05.2022 den Bericht „Nachhaltige Entwicklung in der EU 2022“, der einen statistischen Überblick über die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals – SDG) bietet.

Die in dem Bericht enthaltenen Daten zeigen, dass die EU in den letzten fünf Jahren entsprechend den Prioritäten der Kommission in wichtigen Politikbereichen wie dem europäischen Grünen Deal, der Digitalstrategie und dem Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte Fortschritte bei der Verwirklichung der meisten Nachhaltigkeitsziele gemacht hat. Während das Tempo der Fortschritte bei einigen Zielen höher war als bei anderen, kam

es nur in wenigen spezifischen Bereichen zu Rückschritten bei den Zielen der nachhaltigen Entwicklung.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3212

Europäisches Semester – Frühjahrspaket

Im Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2022 der Europäischen Kommission wird den Mitgliedstaaten zwei Jahre nach den ersten Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und inmitten der anhaltenden russischen Invasion der Ukraine Unterstützung und Orientierung geboten.

Laut der [Frühjahrsprognose 2022](#) dürfte die EU-Wirtschaft in den Jahren 2022 und 2023 weiterwachsen. Zwar erweist sich die EU-Wirtschaft nach wie vor als resilient, aber Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat ein neues Umfeld geschaffen, das die bestehenden Wachstumshemmer gestärkt hat, die früheren Prognosen zufolge hätten schwächer werden sollen. Daraus erwachsen auch erhebliche Herausforderungen für die Volkswirtschaften der EU im Zusammenhang mit der Energieversorgungssicherheit und der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3182

COVID-19: Bericht über Innovationsförderung

Wie bekommen COVID-19-Patient*innen so schnell wie möglich eine sichere und wirksame Behandlung? Die EU-Kommission fördert Innovationen und hat im Rahmen der Strategie für COVID-19-Therapeutika einen Bericht veröffentlicht, der von unabhängigen wissenschaftlichen Sachverständigen erstellt wurde.

Dieser Bericht beinhaltet zwei Stoßrichtungen: Zum einen soll er dazu beitragen, dass vielversprechende Forschungsprojekte leichter erkannt werden. Zum anderen bietet er Forscher*innen und Innovatoren Hilfe dabei, ihre Anstrengungen zu bündeln und Innovationen zu beschleunigen.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/heilmittel-gegen-covid-19-eu-kommission-veroeffentlicht-bericht-uber-innovationsforderung-2022-05-23_de

EU-Makrofinanzhilfe von 600 Mio. Euro für die Ukraine

Die Europäische Kommission hat am 20.05.2022 im Namen der EU 600 Mio. Euro als Makrofinanzhilfe an die Ukraine ausgezahlt. Nach der unprovokierten, ungerechtfertigten russischen Invasion ist die Ukraine mit außergewöhnlichen Belastungen im Bereich der humanitären Versorgung und der Verteidigung konfrontiert, und die Soforthilfe der EU soll es dem Land ermöglichen, diese akuten Finanzierungslücken zu decken. Die erste Tranche von 600 Mio. Euro aus diesem makrofinanziellen Soforthilfepaket war am 11. bzw. 18.03.2022 in zwei Raten ausgezahlt worden.

Die Mittel werden der Ukraine in Form von langfristigen Darlehen zu äußerst günstigen Bedingungen bereitgestellt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3183

Anerkennung von COVID-19 als Berufskrankheit

Am 18.05.2022 haben die Vertreter*innen von Mitgliedstaaten, Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen im Beratenden Ausschuss für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (ACSH) eine Einigung über die Notwendigkeit erzielt, COVID-19 als Berufskrankheit in den Bereichen Gesundheit, soziales und häusliche Betreuung sowie, vor dem Hintergrund der Pandemie, in Branchen mit nachweislich erhöhtem Infektionsrisiko anzuerkennen und eine entsprechende Aktualisierung der EU-Liste der Berufskrankheiten zu unterstützen.

Die gestrige Einigung ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des Strategischen Rahmens der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021–2027, angenommen von der Kommission im Juni 2021, in dem die Kommission ankündigte, dass sie die Empfehlung der Kommission zu Berufskrankheiten aktualisieren und COVID-19 aufnehmen werde.

Der Rahmen sieht wichtige Maßnahmen auf EU-Ebene vor, mit denen die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer*innen in den kommenden Jahren verbessert werden soll. Ein Hauptziel ist die Stärkung der Vorsorge für potenzielle künftige Gesundheitskrisen. Dazu gehört auch eine bessere Unterstützung von Arbeitnehmer*innen bei möglichen künftigen COVID-19-Wellen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3117

EIB unterstützt Kommunen mit 4 Mrd. Euro-Kreditlinie bei Flüchtlingshilfe

Nationale Behörden, Städte, Regionen und Gemeinden in allen Mitgliedstaaten können künftig bei der Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine von einer neuen Kreditlinie der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Höhe von 4 Mrd. Euro profitieren.

Der Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank hat die Kreditlinie (bzw. das Programmdarlehen) am 18.05.2022 genehmigt. Es soll Kommunen bei der Deckung von dringendem Investitionsbedarf unterstützen und die Aufnahme und Integration von Menschen fördern, die vor dem Krieg gegen die Ukraine fliehen.

Kommission und EIB unterstützen zudem die Mitgliedstaaten, die Geflüchtete aus der Ukraine aufnehmen, mit einer Beratungsplattform für Investitionen. Über die Plattform [EMBRACE](#) können die Mitgliedstaaten gezielte Beratungshilfe erhalten, um Investitionen, Projekte und Instrumente zur Unterstützung ihrer Gemeinden rasch umzusetzen.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eib-unterstutzt-kommunen-mit-4-mrd-euro-kreditlinie-bei-fluchtlingshilfe-2022-05-19_de

Europäische Woche der Berufsbildung

Die [Europäische Woche der Berufsbildung](#) lief vom 16. bis zum 20.05.2022 in ganz Europa. Sie wird jedes Jahr von der Europäischen Kommission organisiert, um Erfolgskonzepte der beruflichen Aus- und Weiterbildung ins Rampenlicht zu stellen und mit allen beteiligten Akteuren – lokalen, regionalen und nationalen Behörden, Studierenden, Lehrkräften und Berufsbildungseinrichtungen – gemeinsam die Vorteile der Berufsbildung für junge Menschen und Erwachsene zu würdigen.

Die diesjährige sechste Ausgabe stand unter dem Motto „Berufsbildung und grüner Wandel“ und soll Menschen beim Erwerb der für den grünen Wandel erforderlichen

Kompetenzen unterstützen, ganz im Sinne des europäischen Grünen Deals.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3163

DiscoverEU für über 7000 Jugendliche aus Deutschland

In der ersten Runde von DiscoverEU 2022 hat die EU-Kommission am 18.05.2022 Reisetickets für 35.000 junge Menschen im Alter von 18 Jahren, darunter 7096 aus Deutschland, vergeben. Die Auswahlrunde endete am 21.04.2022 und es gingen europaweit Bewerbungen von fast 69.000 begeisterten jungen Menschen ein. Aus Deutschland hatten sich 16.420 Jugendliche beworben.

Die Runde 2022 markiert den Eintritt von DiscoverEU in das Bildungsprogramm Erasmus+.

Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/uber-7000-jugendliche-aus-deutschland-konnen-mit-discovereu-europa-entdecken-2022-05-18_de

Pilotaktion – Partnerschaften für regionale Innovation

Die Kommission hatte am 17.05.2022 bekannt gegeben, dass 63 Regionen, sieben Städte und vier Mitgliedstaaten für das Pilotprojekt „Partnerschaften für regionale Innovation“, das gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen entwickelt wurde, ausgewählt wurden.

Die Teilnehmenden der Pilotaktion können bewährte Verfahren austauschen und gemeinsam Instrumente zur Mobilisierung von verschiedenen Finanzierungsquellen und Maßnahmen entwickeln und testen sowie regionale und nationale Programme mit EU-Initiativen für den ökologischen und digitalen Wandel vernetzen.

Diese Partnerschaften werden in die neue Agenda für Innovation für Europa einfließen, in der der Wandel hin zur Nachhaltigkeit durch Innovation vorangetrieben wird und lokale Strategien mit Initiativen auf EU-Ebene verknüpft werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3008

Umsetzung der ALMA-Initiative

Die ersten Mitgliedstaaten haben bereits Zusagen zur Umsetzung der neuen Kommissionsinitiative ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve – Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen) gemacht, mit der benachteiligte junge Menschen beim Zugang zum Arbeitsmarkt oder auf ihrem weiteren Bildungsweg unterstützt werden.

Mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten plant die Einführung von ALMA in ihren Ländern, wie die Kommission vergangene Woche auf ihrer [Veranstaltung zur Jugendbeschäftigung](#) bekannt gab. Stand 17.05.2022 haben bereits acht Mitgliedstaaten Zusagen in Höhe von rund 270 Mio. Euro für ALMA im Rahmen ihrer Programme des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) gemacht. Mit weiteren Zusagen wird gerechnet, sodass letztendlich junge Menschen aus ganz Europa von dieser neuen Initiative profitieren können.

Die Mitgliedstaaten sind dazu aufgerufen, aus ihren jeweiligen Programmen im Rahmen des [Europäischen Sozialfonds Plus \(ESF+\) 2021–2027](#) Mittel zur Umsetzung der ALMA-Initiative bereitzustellen. Darüber hinaus leistet die Kommission administrative Unterstützung, damit die Mitgliedstaaten die Initiative zum Laufen bringen und umsetzen können.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3083

Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Die Europäische Kommission hat am 16.05.2022 eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.



EUFIS - Newsletter

■ Juni 2022



Weitere Informationen:

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-richtet-telefon-hotline-fur-kriegsfluchtlinge-aus-der-ukraine-ein-2022-05-16_de

■ Veranstaltungen

Erasmus+ Kurzzeitprojekten in der Erwachsenenbildung

Am **16.08.2022** (10 Uhr - 13 Uhr) bietet die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für berufliche Bildung (NA-BIBB) eine Online-Informationsveranstaltung zur Antragstellung für Erasmus+ Kurzzeitprojekte in der Erwachsenenbildung an.

Mit Erasmus+ Kurzzeitprojekten in der Erwachsenenbildung können Lernaufenthalte in Europa für Lernende und Personal gefördert werden.

Weitere Informationen:

<https://www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/online-informationsveranstaltung-zu-erasmus-kurzzeitprojekten-in-der-erwachsenenbildung>

Erasmus+ Akkreditierung in der Erwachsenenbildung

Am **18.08.2022** (10 Uhr - 13 Uhr) bietet die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für berufliche Bildung (NA-BIBB) eine Online-Informationsveranstaltung zur Antragstellung in der Erasmus+ Akkreditierung in der Erwachsenenbildung an.

Die Online Veranstaltung ist offen für alle Interessierten an der Erasmus+ Fördermöglichkeit Akkreditierung in der Erwachsenenbildung.

Weitere Informationen:

<https://www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/online-informationsveranstaltung-zur-erasmus-akkreditierung-in-der-erwachsenenbildung>